Neues Wiener Tagblatt

4./X. 1918

Die Forderungen der Staatsangestellten.

Erklärungen der Regierung.

Der Staatsangestelltenausschuß trat gestern zu einer Sitzung zusammen. Der Referent Abgeordneter Heine besprach die vom Abgeordnetenhause in der Julitagung gefaßten Beschlüsse über die Maßnahmen zugunsten der materiellen Besserstellung der Staatsangestellten und Staatsarbeiter und erklärte, daß das Abgeordnetenhaus auf der völligen und restlosen Durchführung dieser Beschlüsse beharren müsse, weil andernfalls die Abgeordneten in der derzeitigen kritischen Wirtschaftslage die Verantwortung nicht mehr zu tragen in der Lage wären und diese der Regierung allein überlassen müßten. Die Nichterfüllung der meisten Forderungen habe die Verbitterung in den Kreisen der Staatsangestellten gesteigert, insbesondere die Tatsache, daß bezüglich der Anrechnung der Kriegsjahre die Regierung bisher keine Stellung genommen habe.

Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Hussarek erinnert daran, daß er bei Uebernahme der Regierungsgeschäfte sein Bemühen sofort mit allem Nachdruck darauf richtete, die finanzielle Frage halbwegs der Ordnung entgegenzubringen und einen Zustand herbeizuführen, bei welchem eine Aussicht dafür besteht, daß wir endlich mit der absolut unzulässigen, mit allen wirtschaftlichen Gesichtspunkten unvereinbaren Wirtschaft der Banknotenpresse brechen. Die Stellungnahme des Ministerpräsidenten hinsichtlich der vorliegenden Anträge könnte eine unvergleichlich entgegenkommendere sein, wenn er die Ueberzeugung hätte, daß im Abgeordnetenhause die Dispositionen bestehen, sich endlich einmal ernstlich mit den Finanzvorlagen zu beschäftigen. Er müsse jedoch offen gestehen, daß er diese Disposition bisher leider nicht feststellen konnte. Er möchte also an den Ausschuß und alle seine Mitglieder die dringende Bitte richten, dafür einzutreten, daß endlich einmal Ernst gezeigt werde, damit an das große, hin. Was die militärischen Ausgaben betrifft, so hat die Regierung alles unternommen, um hier eine sparsamere Wirtschaft zu erzielen. Aber wenn dort Sparsamkeit verlangt wird, so ist es immerhin auch berechtigt, auf dem Gebiete der Zivilkriegsauslagen das Gebot der Sparsamkeit einigermaßen zu berücksichtigen. Die Not der Staatsbediensteten ist gewiß groß und wenn wir heute die Teuerungszulagen und die Unterhaltsbeiträge erhöhen würden, so hätten wir, in Kronen ausgedrückt, die Kaufkraft erhöht. Aber es steht darum nicht um ein Lot Mehl oder Fett mehr, sondern ganz dieselbe Warenmenge der größeren nominellen Kaufkraft gegenüber, die Preise werden im Durchschnitt steigen, aber eine bessere Ernährung wird durch diese Banknotenvermehrung leider nicht herbeigeführt. Es muß daher bei aller Erkenntnis der schwersten Notlage der Staatsbeamten gesagt werden, daß wir mit derartigen Maßregeln zu keinem befriedigenden Resultate kommen. Die Regierung hat sich darum auf das eingehendste mit der Frage der Beschaffung von Naturalien befaßt und eine größere Aktion wegen Beschaffung von Lebensmitteln eingeleitet. Der Minister verweist auch auf die in Vorbereitung stehende Aktion wegen Beschaffung von Kleidern und Schuhen, die große Beträge erfordere, aber die Erreichung praktischer Resultate erhoffen lasse. Wenn man aber mehr ausgibt, muß man wenigstens für die Deckung der Zinsen für diese Mehrausgaben sorgen. Er hoffe, daß im Hause die Vorlagen über die Einnahmen eine Majorität finden und daß dann die Basis geschaffen sei, um die Frage noch weiter zu erörtern, ob und inwieweit den Wünschen des Ausschusses entgegengekommen werden kann.

Abg. Dr. v. Hofmann verlangt insbesondere eine Stellungnahme der Regierung zur Frage der erhöhten Anrechnung der Dienstjahre während der Kriegszeit sowie die Gewährung des staatlichen Anschaffungsbeitrages für die Lehrer wie im vorigen Jahre.

Abg. Dr. Waber fordert, daß die Kriegsjahre für die Vorrückung sämtlicher Staatsangestellten im doppelten Ausmaße angerechnet werden.

Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Hussarek bemerkt, er sei, um zu dokumentieren, daß die Regierung demjenigen volle Anerkennung zolle, was die Staatsbediensteten aller Kategorien während des Krieges geleistet und gelitten haben, bereit, auf die geforderte Gleichstellung einzugehen und sie durchzuführen. Es würde also die Einrechnung von einem Dienstjahre während der Kriegszeit gleich anderthalb Jahren für alle Kategorien der Staatsbeamten und Staatsbediensteten zur Durchführung gelangen. Was die Frage der Nebengebühren anlangt, werde die Regierung innerhalb des allgemein Möglichen gern entgegenkommen. Hinsichtlich der allgemeinen finanziellen Frage müsse jedoch der Ministerpräsident an dem Standpunkt festhalten, daß zuerst dafür gesorgt werden müsse, daß es mit den Finanzvorlagen vorwärts gehe.

Berichterstatter Heine ersucht, seinen Antrag, daß das Subkomitee zusammentrete und mit der Regierung über die schwebenden Fragen in Verhandlung trete, neuerlich zur Abstimmung zu bringen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Heine angenommen. — Das Subkomitee tritt Dienstag vormittag zu einer Sitzung zusammen.

---

den sein soll und daß die dort zur Regierung berufenen Parlamentarier dafür Sorge tragen würden, ihr Anbot in Formen zu kleiden, die ein Eingehender Feinde auf dasselbe wahrscheinlich machen würden. Optimisten gaben sogar der Hoffnung Ausdruck, daß es unter diesen Umständen vielleicht möglich sein werde, schon in den nächsten Tagen in Verhandlungen mit den Bevollmächtigten der Entente einzutreten, und erklärten, daß die Stadt Haag bereits zum Empfang der Delegierten rüste. Eine offizielle Bestätigung aller dieser Nachrichten ist bisher in die parlamentarischen Kreise noch nicht gelangt, doch erwartet man, daß Graf Burian, der die gestern bei ihm erschienenen Abordnungen der Verfassungs- und der Mittelpartei des Herrenhauses für heute zur Fortsetzung der Besprechung eingeladen hat, heute bereits in der Lage sein werde, nähere und bestimmtere Eröffnungen zu machen.

Indessen ist die Ralliierung der deutschen Parteien in vollem Zuge. Die gestrige Vorbesprechung der Vertreter der Deutschnationalen, Christlichsozialen und deutschen